Neuigkeiten im Handelsrecht

Gesellschafts- und Handelsrecht 2009 auf dem Prüfstand

Gesellschaftsrecht

Seit fast einem Jahr liegt die Novelle des Handelsgesetzbuches (Parlamentspresse Nr. 498) im Parlament, sie ist aber noch durch keine Lesung gegangen. Hierbei handelt es sich zum großen Teil um die Umsetzung einer Novelle der sog. Zweiten Richtlinie (Richtlinie 2006/68/EG), mit der die Tschechische Republik bereits in Verzug ist. Selten hat der Entwurf einer Novelle des Handelsgesetzbuches für eine solche Aufregung in der Fachwelt gesorgt und eine solche Debatte erregt. Der Brennpunkt der Debatte waren sowohl die Art und Weise, wie die Novelle vorbereitet wurde, als auch die rechtliche Regelung der Übertragungen zwischen Gesellschaften und Personen, die im möglichen Interessenkonflikt stehen (also die Regelung des bestehenden § 196a HGB).

Der Entwurf der Novelle des Handelsgesetzbuches ist jedoch von komplexerem Charakter, da darin auch andere problematische Punkte der bestehenden Regelung des Gesellschaftsrechts berührt werden. Beispielsweise werden bei der Pflicht zur Bewertung einer Sacheinlage durch einen Sachverständigen, wie zum Beispiel bei der Stammkapitalerhöhung einer Gesellschaft, Ausnahmen vorgeschlagen. Weiterhin soll die Novelle die sog. Finanzassistenz ermöglichen.

Eine andere bedeutsame Änderung berührt den Unternehmensverkauf. Der Entwurf des Handelsgesetzbuches regelt, dass eine Gesellschaft nur mit vorläufiger Genehmigung des Gesellschafters oder der Hauptversammlung:
a) ein Unternehmen übertragen darf,
b) einen Teil des Unternehmens, der eine selbständige Organisationseinheit bildet, übertragen darf, sofern sich infolge der Übertragung der überwiegende Geschäftsgegenstand ändert, oder
c) Vermögen erwerben darf, sofern sich der überwiegende Geschäftsgegenstand der Gesellschaft infolge dieses Erwerbs ändert.

Die genannten Punkte sollen gelten, solange das Gesetz nichts anderes vorschreibt. In der bestehenden Regelung gilt der Vertrag über den Verkauf des Unternehmens als unwirksam, falls die Genehmigung durch die Hauptversammlung fehlt. Die vorgeschlagene Regelung schreibt in demselben Fall eine absolute Nichtigkeit des Unternehmenskaufvertrags (oder auch des Vertrags über den Verkauf von Unternehmensteilen) vor, es sei denn dass die andere Vertragspartei im guten Glauben ist.

Nach den letzten Kreis- und Senatswahlen ist die Regierungskoalition mit ihrer Fähigkeit, das Wahlprogramm durchzusetzen, in einer turbulenten Phase. Trotzdem werden die legislativen Tätigkeiten an Rechtsvorschriften im Bereich des Handelsrechts fortgeführt, einige davon könnten im Jahr 2009 durch das tschechische Parlament verabschiedet werden und ggf. in Kraft treten.

Weiterhin wird in dem Entwurf die Finanzassistenz zugelassen, allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Das bedeutet, dass die Gewährung von Anzahlungen, Darlehen, Krediten oder anderen Geldleistungen durch die Gesellschaft, beziehungsweise die Gewährung der Sicherheiten zum Zwecke des Erwerbs der Beteiligung an ihr zugelassen werden. Dies gilt sowohl für Gesellschaften mit beschränkter Haftung als auch für Aktiengesellschaften.

Im Januar 2009 wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der das Handelsgesetzbuch und weitere zusammenhängende Gesetze ändern soll. Hauptziel ist die Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates 2007/36/EG vom 11. Juli 2007. Die Richtlinie regelt die Ausübung bestimmter Rechte von Aktionären in börsennotierten Gesellschaften. Vor allem soll diese Novelle die Frist für die Einberufung der Hauptversammlung, die Veröffentlichung von Informationen und auch einige Bestimmungen für Geltendmachung der Aktionärsrechte im Zusammenhang mit der Hauptversammlung regeln. Größtenteils werden die Änderungen solche Gesellschaften betreffen, deren Aktien zum Verkauf auf regulierten Märkten zugelassen sind, den sog. öffentliche Gesellschaften. Durch einige Änderungen werden jedoch allgemein alle Aktiengesellschaften tangiert. Die Änderungen sollen sich vor allem im Handelsgesetzbuch widerspiegeln, während die Informierungspflichten der öffentlichen Gesellschaften zusammen mit anderen Informierungspflichten im Kapitalmarktgesetz geregelt werden sollen. Der Entwurf umfasst auch einige Änderungen des Gesetzes in dem die Übernahmeangebote geregelt werden, damit sollen Interpretierungsschwierigkeiten der bestehenden gesetzlichen Regelung beseitigt werden.

Wettbewerbsrecht

Auch im Wettbewerbsrechts wird eine Änderung vorbereitet, die als Parlamentspresse Nr. 571 geführt wird. Außer der formalen Überarbeitung soll sie eine Vereinfachung von Genehmigungsverfahren für bestimmte Unternehmenszusammenschlüsse regeln, falls diese den Wettbewerb nicht gefährden. Das vereinfachte Verfahren soll im Fall von Zusammenschlüssen angewandt werden, wenn keines der teilnehmenden Unternehmen auf dem gleichen relevanten Markt tätig ist. Unter Umständen kann es angewendet werden, wenn deren gemeinsamer Marktanteil geringer als 15 Prozent ist. Eine weitere Einschränkung ist, dass die Teilnehmer des Zusammenschlusses nicht aus ähnlichen Wirtschaftssegmenten kommen dürfen. Das vereinfachte Verfahren kann ebenfalls angewendet werden, falls der Anteil an jedem solcher Märkte geringer als 25 Prozent ist, oder der Wettbewerber die alleinige Kontrolle über ein Unternehmen erlangt, an welchem er bisher nur beteiligt war (§ 16a des Entwurfs).

Das Kartellamt behält sich das Recht vor, nach eigenem Ermessen zu beurteilen, ob die vorgelegte Verbindung die Bedingungen für

vereinfachte Genehmigungsverfahren erfüllt. Sollte dies nicht der Fall sein, kann das Amt den Antragsteller auffordern einen vollständigen Antrag vorzulegen.

Was Gesellschaftsumwandlungen anbelangt, ist besonders § 22b Abs. 6 der Novelle interessant, der lautet: „Die Verantwortung einer juristische Person für ein Verwaltungsdelikt geht auf den Rechtsnachfolger einer solchen Person nur dann über, wenn der Rechtsnachfolger im Zeitpunkt des Entstehens der Rechtsnachfolgerschaft gewusst hätte, oder mit Rücksicht auf die obwaltenden Umstände und seine Verhältnisse hätte wissen können, dass die juristische Person noch vor der Entstehung der Rechtsnachfolgerschaft eine solche Handlung begangen hatte, die die Merkmale eines Verwaltungsdelikts erfüllte." Mit dieser Regelung reagiert der Gesetzgeber auf eine umstrittene Frage, die gegenwärtig auch vor dem obersten Verwaltungsgericht verhandelt wird. Es geht darum, ob die Zahlungspflicht für eine Geldbuße für einen Verwaltungsdelikt im Falle einer Fusion auf die Nachfolgegesellschaft übergeht. Das Bußgeld wurde dem Wettbewerber von dem Kartellamt wegen der Bildung eines unerlaubten Kartells auferlegt. Das Kartellamt vertritt die Meinung, dass die Zahlungspflicht für eine solche Geldbuße auf den Rechtsnachfolger übergeht, wohingegen das Kreisgericht in Brünn genau gegenteiliger Ansicht ist. Unabhängig davon, wie die Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichts in dieser Sache auch ausfallen wird, sollte diese Frage im Gesetz zum Schutz gegen unlauteren Wettbewerb gelöst werden.

Der Kapitalmarkt und Versicherungswesen

Dem Parlament liegt weiter eine Novelle des Kapitalmarktgesetzes vor. Diese soll die Bestimmungen der folgenden Richtlinien in die tschechischen Rechtsordnung umsetzen: Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Dezember 2004 zur Harmonisierung der Transparenzanforderungen in Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einem geregelten Markt zugelassen sind, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG (sog. „Transparenzrichtlinie"), Richtlinie 2007/44/EG des Rates (qualifizierte Anteile am Finanzinstitutionen), Richtlinie 2007/16/EG (nähere Abgrenzung der Vermögensarten in denen Standardfonds investieren dürfen).

Da neue gemeinschaftsrechtliche Richtlinien umgesetzt werden müssen, ist für das Jahr 2009 darüber hinaus der Erlass eines neuen Versicherungsgesetzes geplant.

Neues Privatrecht

Der Regierung wurde Anfang Januar dieses Jahres der Entwurf eines neuen Bürgerlichen Gesetzbuches vorgelegt. Ferner soll statt des bestehenden Handelsgesetzbuches ein Gesetz über Handelsgesellschaften und Genossenschaften eingebracht werden. Sollten diese Entwürfe durch die Regierung gebilligt werden, könnten sie dem Parlament noch in diesem Jahr vorgelegt werden. Hier handelt es sich um ein umfangreiches legislatives Werk, das mehrere tausend Artikel enthält. Die Regelung einer ganzen Reihe von Rechtsinstituten werden damit aus dem Handelsgesetzbuch herausgelöst und den allgemeinen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuches untergeordnet. Auf diese Weise wird zum Beispiel das gesamte Schuldrecht und das Recht des unlauteren Wettbewerbs in das Bürgerliche Gesetzbuch übertragen. Die zivilrechtliche Regelung juristischer Personen, die bisher im Bürgerlichen Gesetzbuch nur knapp geregelt wurde, soll grundsätzlich erweitert werden.

Das Gesetz über Handelsgesellschaften und Genossenschaften ist wesentlich mit der neuen Regelung des Bürgerlichen Gesetzbuches verknüpft. Zu den Neuheiten in diesem Gesetz zählen zum Beispiel die Ermöglichung der kumulativen Abstimmung der Gesellschafter in den Gesellschaften mit beschränkter Haftung und den Aktiengesellschaften. Eine Änderung der Konzernstruktur, eine Stärkung der Stellung der Gesellschafter in Konflikten und die Möglichkeit, das Stammkapital in Kapitalgesellschaften zu verändern, sind weitere geplante Neuerungen. Nach dem Vorbild einiger westeuropäischer Länder wird als Alternative, neben dem dualistischen Leitungssystem, das monistische Leitungssystem eingeführt, in denen ein Verwaltungsrat bzw. der Verwaltungsratsvorsitzende und der Statutardirektor die Organe der Aktiengesellschaft bilden.

Der Entwurf wird aber weder von Rechtstheoretikern, noch in der Praxis einhellig angenommen und es wird auf mehrere Probleme hingewiesen. Trotzdem bezweifelt niemand, dass die gegenwärtige Regelung des Privatrechts den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Tschechischen Republik nicht entspricht. Es bleibt jedoch abzusehen, ob auch die vorgeschlagene Regelung diesen Verhältnissen vollständig entspricht.

Prof. Jan Dědič
Kocián Šolc Balaštík, advokátní kancelář
E-Mail: jdedic@ksb.cz
www.ksb.cz

Novinky v obchodním právu

Právo obchodních společností a hospodářské soutěže

Přestože se stabilita vládní koalice a její schopnost prosazovat volební program po posledních krajských a senátních volbách zmítá v turbulencích, pokračují legislativní a jiné přípravné práce na předpisech z oblasti obchodního práva. Některé z nich by mohly být schváleny Parlamentem ČR, popřípadě nabýt účinnosti v roce 2009.

Prof. Jan Dědič

Právo obchodních společností

Již téměř rok leží v Parlamentu vládní návrh novely obchodního zákoníku (sněmovní tisk č. 498), aniž by prošel prvním čtením. Z velké části jde o implementaci novely tzv. Druhé směrnice (směrnice 2006/68/ES), kde je již Česká republika v prodlení. Málokterý návrh novely obchodního zákona vzbudil v řadách odborné veřejnosti takové pozdvižení a takovou debatu. Ohniskem debaty byl jak způsob přípravy novely, tak právní úprava regulující transakce uskutečňované mezi společností a osobami v případném konfliktu zájmů (tedy úprava stávajícího znění § 196a ObchZ).

Tento návrh novely obchodního zákoníku je přitom komplexnějšího rázu, když reaguje i na jiné problematické body stávající úpravy práva obchodních společností. Například se navrhuje stanovit výjimky z povinnosti oceňovat nepeněžitý vklad znalcem při zvyšování základního kapitálu do obchodní společnosti a umožnit tzv. finanční asistenci.

Další významná změna se týká prodeje podniku. Novela obchodního zákoníku ukládá, že pokud zákon nestanoví jinak, může společnost jen s předchozím souhlasem společníků nebo valné hromady:
a) převést podnik,
b) převést část podniku tvořící samostatnou organizační složku, pokud by se v důsledku jejího převodu změnila převažující povaha podnikání společnosti nebo
c) nabýt majetek, pokud by se v důsledku jeho nabytí změnila převažující povaha podnikání společnosti.

Ve stávající právní úpravě není smlouva o prodeji podniku účinná, pokud chybí souhlas valné hromady. V navrhované právní úpravě je, pokud chybí souhlas valné hromady, smlouva o prodeji podniku nebo jeho části absolutně neplatná – ledaže při prodeji části podniku byla druhá smluvní strana v dobré víře.

Navrhovaná novela obchodního zákoníku dále za stanovených podmínek umožňuje finanční asistenci, tedy poskytování záloh, půjček, úvěrů nebo jiných peněžitých plnění společností, popřípadě poskytování zajištění pro účely získání podílů na ní, a to jak pro společnost s ručením omezeným, tak pro akciovou společnost.

V lednu 2009 byl do mezirezortního připomínkového řízení předložen návrh zákona, kterým se mění obchodní zákoník a další související zákony. Primárním cílem je přitom transponovat směrnici Evropského parlamentu a Rady 2007/36/ES z 11. července 2007 o výkonu některých práv akcionářů ve společnostech s kótovanými akciemi. Tato novela by měla upravovat především lhůtu pro svolání valné hromady, informace uveřejňované v souvislosti s valnou hromadou a též některé podmínky uplatňování akcionářských práv ve vztahu k valným hromadám. Změny se budou týkat převážně společností, jejichž akcie byly přijaty k obchodování na regulovaných trzích (veřejné společnosti). V některých ohledech se však dotknou obecně všech akciových společností. Změny by měly být promítnuty především do obchodního zákoníku, informační povinnosti veřejných společností by však měly být upraveny spolu s dalšími informačními povinnostmi v zákoně o podnikání na kapitálovém trhu. Návrh rovněž obsahuje několik legislativně technických úprav zákona o nabídkách převzetí, které reagují na problémy při interpretaci stávajícího znění zákona.

Hospodářská soutěž

V oblasti práva hospodářské soutěže se připravuje novela vedená jako sněmovní tisk č. 571, která by kromě kosmetických úprav měla zavést i zjednodušené řízení o povolení spojení pro určité typy spojení, které nevyvolávají vážné obavy z narušení hospodářské soutěže. Ke zjednodušenému řízení by mělo docházet v případě spojení, kdy žádný ze soutěžitelů nepůsobí na stejném relevantním trhu, případně jejich společný podíl na trhu nepřesahuje 15 procent. Žádný ze soutěžitelů dále nesmí působit na trhu vertikálně navazujícím na relevantní trh, na kterém působí jiný z těchto soutěžitelů, případně jejich podíl na takovém trhu nesmí přesahovat 25 procent. Soutěžitel rovněž nesmí nabýt výlučnou kontrolu nad společným podnikem, ve kterém se dosud podílel na společné kontrole (§ 16a návrhu). Úřad pro ochranu hospodářské soutěže si přitom ponechává právo posoudit, zda předkládané sloučení splňuje požadavky zjednodušeného sloučení. Pokud tyto požadavky nejsou splněny, může vyzvat navrhovatele k předložení plného návrhu.

Z hlediska problematiky přeměn obchodních společností je zajímavý zejména návrh ustanovení § 22b odst. 6 novely, který stanoví, že „odpovědnost právnické osoby za správní delikt přechází na právního nástupce této osoby jen tehdy, pokud právní nástupce nejpozději v okamžiku vzniku právního nástupnictví věděl nebo vzhledem k okolnostem a k svým poměrům mohl vědět, že se právnická osoba před vznikem právního nástupnictví dopustila jednání, které naplnilo znaky správního deliktu." Zákonodárce tím reaguje na spornou otázku, kterou právě řeší Nejvyšší správní soud. Jde o to, zda v případě fúze přechází na nástupnickou společnost povinnost zaplatit pokutu za správní delikt, kterou soutěžiteli (zanikající společnosti) uložil Úřad pro ochranu hospodářské soutěže (ÚOHS) za uzavření nedovoleného kartelu. Zatímco ÚOHS v dané věci dospěl k závěru, že povinnost uhradit takto uloženou pokutu přechází na právního nástupce, dospěl Krajský soud v Brně k závěru zcela opačnému. Nezávisle na rozhodnutí Nejvyššího správního soudu v dané věci by měl tuto otázku do budoucna řešit zákon o ochraně hospodářské soutěže.

Kapitálový trh a pojišťovnictví

Na poli práva kapitálového trhu leží v Parlamentu novela zákona o podnikání na kapitálovém trhu, která by měla do českého právního řádu transponovat směrnici Evropského Parlamentu a Rady 2004/109/ES o harmonizaci požadavků na průhlednost týkajících se informací o emitentech, jejichž cenné papíry jsou přijaty k obchodování na regulovaném trhu, a o změně směrnice 2001/34/ES (tzv. „transparenční směrnice"), směrnici Rady 2007/44/ES (kvalifikovaná účast na finančních institucích), směrnici 2007/16/ES (bližší vymezení druhů aktiv, do kterých mohou investovat standardní fondy). Pro rok 2009 se rovněž připravuje přijetí nového zákona o pojišťovnictví, protože je potřeba implementovat nové komunitární směrnice.

Nové soukromé právo

Počátkem ledna byl vládě předložen návrh nového občanského zákoníku a místo dosavadního obchodního zákoníku zákon o obchodních společnostech a družstvech. Budou-li vládou předlohy schváleny, mohou být ještě letos předloženy Parlamentu. Jedná se o rozsáhlé legislativní dílo čítající několik tisíc paragrafů, které vyjímá úpravu celé řady institutů z obchodního zákoníku a podřizuje jejich regulaci obecné úpravě občanskoprávního kodexu. Takto je například do občanského zákoníku přesunuto celé závazkové právo nebo nekalá soutěž. Dochází rovněž k zásadnímu rozšíření obecné občanskoprávní úpravy právnických osob, která byla až dosud v občanském zákoníku upravena velice stručně.

Na úpravu nového občanského zákoníku je navázán nový zákon o obchodních společnostech a družstvech. K novinkám navrhovaného zákona o obchodních společnostech a družstvech patří například možnost kumulativního hlasování společníků ve společnosti s ručením omezeným a akciové společnosti, změna koncepce koncernu, posílení postavení společníků ve sporech, možnost stanovení účinnosti zvýšení, popřípadě snížení základního kapitálu v kapitálových společnostech. Z hlediska řízení obchodních společností se po vzoru některých západoevropských zemí vedle dualistického systému řízení alternativně zavádí monistický systém řízení, ve kterém orgány akciové společnosti tvoří správní rada, resp. předseda správní rady a statutární ředitel.

Část právní teorie a odborné praxe však návrh nepřijímá jednoznačně a poukazuje na řadu problémů. Nikdo však nepochybuje o tom, že dosavadní úprava soukromého práva neodpovídá současným poměrům v České republice. Občas se však objevují pochyby, zda navrhovaná právní úprava těmto poměrům plně vyhovuje.

Prof. Jan Dědič
Kocián Šolc Balaštík advokátní kancelář
E-mail: jdedic@ksb.cz
www.ksb.cz